

**16. Landtag von Baden-Württemberg, 82. Sitzung**

**Mittwoch, 30. Januar 2019, 09:00 Uhr**

## **Rede**

Sprecher für Naturschutz

Raimund Haser MdL

### **zur Aktuellen Debatte**

## **Nach dem Kohlekompromiss: Baden-Württemberg geht voran bei Energiewende und Klimaschutz**

Es gilt das gesprochene Wort.

Raimund Haser MdL:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der nun gefundene Kohlekompromiss wird die politische Debatte nicht 1:1 überleben. Denn strittig ist z. B., ob die Europäische Union einer Förderung strukturschwacher Gebiete überhaupt zustimmen würde, ob Investitionen in die öffentliche Infrastruktur dann tatsächlich neue Arbeitsplätze schaffen würden und ob die Menschen, die bisher vom Bergbau gelebt haben, in Dienstleistung z. B. genügend Geld verdienen würden, um ihren jetzigen Lebensstandard zu erhalten.

Aber: Ich möchte, wie der Kollege Walter das auch gesagt hat, den Kompromiss nicht kleinreden. Denn er ist in dreifacher Hinsicht nachhaltig. Erstens ist er ökologisch nachhaltig, weil wir nicht dauerhaft in Paris und Katowice Vereinbarungen unterschreiben können und gleichzeitig zu Hause nichts tun. Das Abschalten der Kohlekraftwerke oder zumindest der Plan für diesen Weg ist ein wirksamer Beitrag, um diese Klimaschutzziele auch von deutscher Seite aus einzuhalten.

Er ist zweitens sozial nachhaltig, weil man sich nicht nur über die Energiepolitik Gedanken gemacht hat, sondern auch über die Sozialpolitik, denn: Was macht es mit den Regionen, was macht es mit den Menschen?

Er ist drittens ökonomisch nachhaltig. Sie haben es zitiert, Kollege Walter. Auch bei BDI sagt: Macht was Ihr wollt, aber sagt uns, was passiert. – Deswegen ist ein fester Austrittstermin und fester Ausgangspart auch für die Wirtschaft extrem wichtig. Wir sind deshalb davon überzeugt, dass nach dem Ausstieg aus der Atomenergie der Ausstieg aus der Kohleverstromung – zu welchem Zeitpunkt auch immer – nur konsequent ist. Es wäre aus baden-württembergischer Sicht ein Treppenwitz der Geschichte, wenn wir aus Gründen der Nachhaltigkeit auf CO<sub>2</sub>-freien Atomstrom verzichten, um ihn in Form von Braun- und Steinkohle dauerhaft einzukaufen.

Baden-Württemberg schafft den Ausstieg aus dem Atomzeitalter aus eigener Kraft und unternimmt alles, um die Energiewende Wirklichkeit werden zu lassen. Ja, das ist ein Kraftakt, den die Politik und die Unternehmen aber annehmen. Der Vorschlag der Kohlekommission, mehr oder weniger einen zweiten Länderfinanzausgleich im Energiesektor zugunsten der Kohlreviere zu verankern, kann nicht in unserem Interesse und nicht im Interesse Baden-Württembergs sein.

Aber auch klimapolitisch ist der Kohlekompromiss ein Drahtseilakt; denn mit der Verdrängung des Problems wäre es nicht getan. Diese Gefahr, vor der auch das ifo Institut warnt, ist leider real. Sollten wir in Deutschland und in Baden-Württemberg in der eigenen Energieproduktion nicht demnächst große Schritte tun, werden andere das für uns übernehmen. Frankreich und Polen erkennen den deutschen Sonderweg längst als Geschäftsmodell für abgeschriebene Kraftwerke und Anlagen. Auch in der Industrieproduktion kann es aufgrund erhöhter Strompreise zu Verlagerungen kommen. Das – ich glaube, da sind wir uns einig – wollen wir nicht.

Die demonstrierenden Jugendlichen da draußen wollen das auch nicht. Eine Energiepolitik, die Volksvermögen zerstört und daraus resultierende Probleme ins Ausland verlagert, ist alles, aber nicht nachhaltig. Deswegen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist das nachhaltig, was der Titel der heutigen Debatte ausdrückt: Baden-Württemberg geht voran bei Energiewende und Klimaschutz.

Ja, wir gehen voran, und das nicht erst seit gestern und nicht erst seit Fukushima. Wir gehen diesen Weg aber nicht in der permanenten Selbstkasteiung oder durch den Verzicht aufs Fliegen oder durch Verbote oder durch Angst, wie sie die in Davos in Szene gesetzte Greta Thunberg von uns verlangt, deren Mutter, nebenbei bemerkt, früher nichts dagegen hatte, zum Singen nach New York zu fliegen.

Nein, wir gehen ihn mit dem Selbstbewusstsein eines Bundeslandes an, das wie kein zweites alle Technologien unter einem Dach vereint, die man braucht, um die Welt vor dem Klimakollaps zu retten.

Zu glauben, dass von Schweden nach Davos mit dem Zug anzureisen die Lösung aller Probleme ist, führt doch in die Irre. Der Air Force One eine nichtfossile Energiequelle zu verpassen, die Fahrzeuge auf der Anreise mit CO<sub>2</sub>-neutralem Treibstoff zu versorgen, den Asphalt mit NO<sub>x</sub>-bindendem Material zu beschichten, die Hotels in Davos mit Erdwärme und batteriegespeicherter Sonnenenergie zu versorgen und anstatt alle Unterlagen auf Papier auszudrucken, endlich auf energiesparende Smartpads umzustellen, sind Schritte, die tatsächlich helfen würden.

Das Beste ist, Baden-Württemberg tut das bereits. Kaum ein Wasserkraftwerk auf der Welt kommt ohne Turbinen aus Heidenheim aus. Jede noch so große Kläranlage in der Welt enthält energiesparende Pumpen aus meinem Wahlkreis. Wenn individuelle Mobilität mit neuen Antrieben gelingen soll, dann geht das nicht ohne Bosch. Aber auch Unternehmen tragen in irgendeiner Art und Weise zur Energiewende bei. Ob Wasser, Luft oder Boden: Alles, was gereinigt, filtriert, wiederaufbereitet oder gesäubert werden muss, läuft durch Anlagen und Maschinen aus Baden-Württemberg.

Gerade deshalb, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, kann es nicht unser Anspruch sein, die in Katowice und Paris vereinbarten CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele mehr oder weniger schematisch mit einer Excel-Tabelle auf Bürger, Bauern und Unternehmen herunter zu

brechen. Wir wollen stattdessen, dass das Land vorangeht – mit eigenem Geld, auf eigenen Flächen und mit dem Entrümpeln eigener Vorschriften. Auf 7 800 Gebäuden im Eigentum des Landes sind genau neun selbst betriebene Fotovoltaik-Anlagen installiert.

Die Errichtung von Windrädern scheitert nicht nur am nationalen Ausschreibungsmodell, wie der Herr Minister uns nachher sagen wird, sondern sie scheitern natürlich auch an übertriebenen Vorgaben zum Artenschutz und an der Angst vor Klagen durch Naturschutzverbände, die nicht so recht wissen, auf wessen Seite sie sich eigentlich schlagen wollen.

Wenn es unser Ziel ist, dass Wirtschaft und Gesellschaft, Politik und Wissenschaft, dass jeder Einzelne und jedes Unternehmen an einer Transformation zu einer unabhängigen, klimaneutralen, schonenden Lebens- und Wirtschaftsweise arbeitet, dann müssen wir, die Politik, vorbildhaft sein.

Wir dürfen nicht nur Vorschriften machen und Regelungen für andere erlassen. Wir müssen selbst etwas tun.

Wenn uns diese Transformation gelingt, dann wäre dies nicht nur ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz, nein, dieses neue Baden-Württemberg, das wir derzeit schon in vielen Teilen vorfinden und das heute schon saubere Mobilität und neue Technologien ressourcenschonend herstellt, was das Leben auf diesem Planeten für jeden einzelnen Menschen verbessert, das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Basis für unseren Wohlstand im 21. Jahrhundert.

Vielen Dank.